

Niederschrift

SBS/002/2026

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für
Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine
am 22.01.2026

Die heutige Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Multifunktionssaal im 1. OG des Rathauszentrums II.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied/Vorsitzender
------------------	-----	---------------------------

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied
Herr Dario Aufderlandwehr	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Sarah Brandt	AfD	Ratsmitglied
Herr Alexander Breulmann	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Frank Grundke	CDU	Ratsmitglied
Herr Benjamin Hagemann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Sebastian Häusler	AfD	Ratsmitglied
Herr Marius Himmler	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied/1. stellv. Vorsitzender
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Sebastian Laumann	DIE LINKE	Sachkundiger Bürger
Herr Rainer Ortel	FDP/UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied
Herr David Steinemann	AfD	Ratsmitglied

Frau Ulrike Stockel	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Frau Ronja Vollmann	DIE LINKE	Sachkundige Bürgerin

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Mark Bauer		Sprecher der Stadtschulleiterkonferenz
Frau Alina Brinkmann		Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Anna-Katharina Guttermann		Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Frau Barbara Kammer		Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
Frau Beatrix Meyer		Sprecherin der Grundschulen
Frau Dorit Tönjes		beratende Sachkundige Einwohnerin (bis 18:12 Uhr - TOP 8)

Vertreter:

Herr Detlef Brunsch	FDP/UWG	Vertretung für Frau Janine Heile
---------------------	---------	----------------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Janine Lüdtko		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Frau Janine Heile	FDP/UWG	Ratsmitglied
-------------------	---------	--------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Tobias Frönd		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Frank Schmitz		1. Vorsitzender des Stadtsportverbandes

Verwaltung:

Herr Andre Eilers	Stellv. Schriftführung
Frau Sandra Jürriens	PV Schulverwaltung
Herr Dr. Peter Lüttmann	Bürgermeister
Frau Doris Stuckmann	PV Fachstelle Sportförder- ung

Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Ausschuss für Schule, Bildung und Sport der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport am 11.12.2025

Es erfolgen keine Anmerkungen zur oben genannten Niederschrift.

2. Niederschrift Nr. 14 über die öffentliche Sitzung des Sportausschusses am 19.03.2025

Es erfolgen keine Anmerkungen zur oben genannten Niederschrift.

3. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die zur Verfügung gestellten umfangreichen Informationen. Er betont, dass die Zuständigkeit der Kommunen für die Ausstattung mit Lehrerendgeräten durch den DigitalPakt 2.0 nun geklärt sei. Sobald die Mittel aus dem Digitalpakt 2.0 bereitgestellt würden, könne mit dem Austausch defekter Geräte begonnen werden.

Zudem informiert er über das Stellenbesetzungsverfahren an zwei Grundschulen, insbesondere an der Johannesschule in Mesum, wo eine Bewerbung vorliege. Die Stellungnahmen des Schulträgers und der Schulkonferenz seien bereits bei der Bezirksregierung eingegangen, und in einer der nächsten Sitzungen könne der Name des neuen Schulleiters bekannt gegeben werden.

Herr Gausmann erläutert weiterhin, dass die Einführung der sogenannten ABC-Klassen notwendig sei, um frühzeitig die Sprachkompetenz von Kindern zu testen und sicherzustellen, dass diese für den Schulunterricht ausreichend sei. Dies führe zu einer Vorverlegung der Anmeldezeiten für Grundschulen ab dem Schuljahr 2028/2029. Er hebt hervor, dass die Kommune sowohl für die Bereitstellung von Räumlichkeiten, den Transport als auch die sächliche Ausstattung verantwortlich sei. In einer Rückkopplung mit der Schulaufsicht sei zudem die personelle Aus-

stattung der Kurse ein wichtiger Punkt. Abschließend verweist er auf die Arbeits- und Projektplanung 2026.

Im Bereich Sport erinnert Herr Gausmann an die in der letzten Sitzung beschlossene Gewährung eines Sonderzuschusses in Höhe von 30.600 Euro im Rahmen der Sportförderpauschale für das Jahr 2027. Er kündigt an, dass die Sportförderrichtlinien in Zusammenarbeit mit den Sportvereinen weiterentwickelt werden sollen. Hierzu sei eine erste Sondierungsrunde am 10. Februar 2026 geplant. Er bittet die Fraktionen, ihre sportpolitischen Sprecher zu benennen, um die Einladungen zeitnah verschicken zu können. Die Fraktionen benennen daraufhin ihre Vertreter: Yvonne Köhler (SPD), Marius Himmler (Grüne), Detlef Brunsch (FDP/ UWG), Christian Kaisal (CDU) und Ronja Vollmann (Die Linke). Frau Brandt erklärt, dass die AFD ihre Benennung nachreichen werde (*Nachtrag zum Protokoll: David Steinemann*).

Herr Gausmann geht anschließend auf Irritationen bezüglich des Hochwasserschutzes bei Wassersporttreibenden Vereinen ein. Er erläutert, dass die Bezirksregierung auf Grundlage des Grundgesetzes angeordnet habe, Schwimmstege in den Wintermonaten aus der Ems zu entfernen. Er berichtet, dass intensive Gespräche mit den Vereinen und der Bezirksregierung geführt würden, um konstruktive Lösungen zu finden. Der RHTC habe eine Ausnahmegenehmigung beantragt, um die Stege in diesem Jahr nicht entfernen zu müssen, und signalisierte, dass er bei drohendem Hochwasser kurzfristig reagieren könne. Die Bezirksregierung habe Bereitschaft signalisiert, dieser Ausnahmegenehmigung in diesem Jahr zuzustimmen, eine Entscheidung erfolge voraussichtlich im Februar. Dennoch müssten die Vereine statische Gutachten vorlegen, um die Sicherheit der Stege bei Eis und Hochwasser zu gewährleisten. Zwei Vereine hätten bereits entsprechende Gutachten in Auftrag gegeben und eine Förderung dieser Gutachten beantragt, ein weiterer Verein werde dies ebenfalls noch machen. Die Kosten beliefen sich auf ca. 8.000 € pro Gutachten. Obwohl die Maßnahme bereits begonnen habe und eine Förderung daher grundsätzlich ausgeschlossen sei, schlägt er vor, den drei Vereinen eine Zuwendung von 50 % aus dem laufenden Haushalt zu gewähren. Er betont, dass dies ein wichtiges Signal an die Vereine sei, um zu zeigen, dass sie nicht allein gelassen würden. Dem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Um 17:15 Uhr folgt eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung, um Herrn Wilms (2. Vorsitzender des RHTC) die Möglichkeit zu geben, die Situation aus Sicht des RHTC als betroffenen Verein zu schildern.

Herr Gude bittet die Verwaltung, den Ausschuss für Schule, Bildung und Sport beim Thema Konnexität bezüglich der ABC-Klassen auf dem Laufenden zu halten. Er betont die Notwendigkeit, politisch aktiv zu bleiben, um die Interessen der Kommunen zu vertreten.

4. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

5. Verbesserung der Reinigungsqualität an Schulen - Antrag der Fraktionen CDU und FDP Vorlage: 008/26

Herr Gude fragt, ob die Antragsteller eine Stellungnahme abgeben möchten. Herr Brunsch bedankt sich zunächst bei der Verwaltung für die informative und umfangreiche Vorlage, die den Antragstellern die notwendigen Informationen geliefert habe, um fundierte Entscheidungen zu treffen. Er erklärt, dass dem Alternativvorschlag der Verwaltung zugestimmt werden würde, da dieser sinnvoll erscheine. Er merkt jedoch an, dass der Zeitrahmen für die Evaluierung, die für Anfang 2027 vorgesehen sei, sehr weitreichend sei.

Herr Gausmann erläutert, dass der Antrag eine Überprüfung der finanziellen Auswirkungen sowie der Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden umfasse. Er betont, dass die Verwaltung die Notwendigkeit sehe, die Kontrollmechanismen für die Reinigung einzelner Schulen zu verbessern, insbesondere durch verantwortliche Personen, die die Reinigungsstandards überwachen. Er berichtet, dass in der Vergangenheit zwei Dienstleister ausgetauscht worden seien, da die Leistungen unzureichend gewesen seien. Die Verwaltung plane, die Reinigungsleistungen ein Jahr lang zu beobachten und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen. Er weist darauf hin, dass die Einhaltung des Tariftreuegesetzes und der tarifvertraglichen Bindungen für die Reinigungsdienstleister verpflichtend sei.

Herr Ortel äußert, dass er ebenfalls eine frühere Rückmeldung als Januar 2027 wünsche. Er schlägt vor, dass nach Ablauf des zweiten Schulhalbjahres 2026 ein Zwischenbericht vorgelegt werde, um die Fortschritte zu bewerten.

Herr Krage erklärt, dass der Antrag als Grundlage für eine Prüfung der aktuellen Lage und eine perspektivische Verbesserung verstanden werde. Er unterstützt die Meinung der Verwaltung und hebt die positiven Erfahrungen mit Qualitätsdialogen bei schulischen Ausschreibungen hervor.

Frau Achterkamp bedankt sich für die Ausführungen und verweist auf die Erfahrungen der Stadt Emsdetten, die auf Eigenreinigung umgestellt habe. Sie schlägt vor, den Beschlussvorschlag in eine reine Kenntnisnahme umzuwandeln, da noch offene Fragen bestünden. Sie fordert detaillierte Informationen über den Leistungskatalog der Reinigungsdienste, die Intervalle der Reinigungen sowie die Arbeitsbedingungen. Zudem möchte sie wissen, welche Schulen von den Dienstleisterwechseln betroffen seien und ob durch Überstunden der Mindestlohn unterschritten werde.

Herr Breulmann schließt sich den Fragen zu den Arbeitsbedingungen und dem Arbeitnehmerschutz an und betont die Bedeutung der Einhaltung des Mindestlohns und der korrekten Arbeitszeiterfassung.

Herr Gausmann erklärt, dass in den Leistungspaketen der Reinigungsfirmen keine Überstunden vorgesehen seien, es sei denn, außergewöhnliche Verschmutzungen erforderten dies. Er schlägt vor, den Leistungskatalog informatorisch im Ausschuss vorzustellen, um Transparenz zu schaffen und bestätigt, dass bei Baumaßnahmen eine Grundreinigung vorgesehen sei, die nicht von den regulären Reinigungsfirmen durchgeführt werde. Auf die Frage nach den betroffenen Schulen bzgl. des Dienstleisterwechsels nennt er die Euregio-Gesamtschule, die vollständige Liste kann entgegen der Zusage während der Sitzung nicht zur Verfügung gestellt werden, da unter Umständen Rückschlüsse auf die konkreten Dienstleister möglich wären.

Herr Gude fasst die Diskussion zusammen und schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen, den Leistungskatalog in einer gemeinsamen Sitzung des Schulausschusses und des Bau- und Mobilitätsausschusses vorzustellen. Zudem soll der Beschlussvorschlag der Verwaltung mit der Ergänzung eines Zwischenberichts im zweiten Halbjahr 2026 vorgelegt werden. Die Anwesenden stimmen dem Vorschlag einstimmig zu.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport

1. nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu der Reinigungsqualität an Schulen zur Kenntnis.
2. bittet die Verwaltung, den Leistungskatalog der Reinigungsfirmen in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport und dem Bau- und Mobilitätsausschuss vorzustellen und die aktuelle Situation darzustellen sowie daraus resultierende Diskussionsergebnisse ggf. in zukünftige Ausschreibungen aufzunehmen.

- empfehl dem Bau- und Mobilitätsausschuss die Verwaltung zu beauftragen, die Reinigungsleistungen der Fremdfirmen zu evaluieren. Hierbei sind sowohl die Beschwerden über die Art der Mängel als auch die genutzten Sanktionsmöglichkeiten zu dokumentieren. Über die Ergebnisse der Evaluation wird Anfang 2027 im Ausschuss berichtet, zudem wird ein Zwischenergebnis im 2. Halbjahr 2026 vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig geändert beschlossen

6. Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden 2026 **Vorlage: 011/26**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage und führt aus, dass die ursprünglich geplanten 5,633 Millionen Euro für den Erhaltungsaufwand im Jahr 2026 aufgrund der späten Haushaltsbeschlussfassung nicht vollständig verausgabt werden könnten. Es sei vorgesehen, lediglich 3,533 Millionen Euro auszugeben, während über 3 Millionen Euro aus Rückstellungen des Jahres 2025 genutzt würden. Er betont, dass dies eine Herausforderung darstelle und verweist auf die Problematik, dass Investitionen in Neubaumaßnahmen, die zur Substanzverbesserung bestehender Gebäude beitragen, nicht im Erhaltungsaufwand berücksichtigt seien. Als Beispiel nennt er die Elsa-Brandström-Realschule, deren Restwert in der Bilanz weiterhin 1,2 % Unterhaltungsaufwand erfordere, dies aufgrund des neues Schulzentrums jedoch nicht zweckmäßig sei.

Herr Ortel bedankt sich für die Ausführungen und merkt an, dass die tatsächlichen Ausgaben aufgrund von Termingründen unter den geplanten 0,894 % des Restwertes der Gebäude lägen. Frau Stockel äußert, dass der Wert von 1,2 % seit Jahren nicht erreicht worden sei und dies in der Vergangenheit zu einem Investitionsstau geführt habe. Sie zeigt Verständnis für die aktuelle Neubauphase, äußert jedoch Bedenken, dass die Bauverwaltung personell nicht ausreichend aufgestellt sei, um die Mittel vollständig zu verausgaben. Sie fordert eine strukturelle Überprüfung der Situation.

Frau Achterkamp berichtet von einem erheblichen Sanierungsstau an der Marienschule Hauenhorst. Zum anderen fragt sie nach den geplanten Maßnahmen zur Renovierung der Aula der Alexander-von-Humboldt-Schule. Frau Reinke kritisiert die schleppende Umsetzung von Maßnahmen und verweist auf teilweise unzureichende Zustände in den Schulen. Sie fordert eine effizientere Nutzung der bereitgestellten Mittel.

Herr Hagemann zeigt sich zwiegespalten. Er kritisiert die regelmäßige Unterschreitung der 1,2 % und warnt vor einem realen Substanzverlust, betont jedoch, dass unrealistische Planungen ebenfalls nicht zielführend seien.

Herr Gausmann führt aus, dass die Unterschreitungen nicht nur auf Personalengpässe, sondern auch auf Probleme bei Ausschreibungen und kurzfristige Rücknahme von Angeboten zurückzuführen seien. Er betont, dass die Stellen im technischen Gebäudemanagement derzeit besetzt seien, jedoch durch Vakanzen wie Schwangerschaften temporäre Engpässe entstehen könnten. Er erläutert, dass Rahmenverträge für kleinere Maßnahmen wie das Streichen von Klassenräumen geprüft würden, um die Umsetzung zu beschleunigen. Zur Marienschule Hauenhorst erklärt er, dass diese im Rahmen der Grundschuloffensive noch nicht umfassend saniert worden sei, jedoch für 2026 in der Planung und für 2027 in der Umsetzung vorgesehen sei. Bezüglich der Aula der Alexander-von-Humboldt-Schule führt er aus, dass eine energetische und optische Sanierung geplant sei, um die Nutzung als Veranstaltungsraum zu ermöglichen.

Herr Gude regt an, das Thema zukünftig anders aufzubereiten, um die jährlichen Diskussionen zu vermeiden. Herr Ortel unterstützt diesen Vorschlag und fordert, dass die Verwaltung unterjährig über neue Strategieansätze informiert. Frau Stockel betont die Verantwortung der Politik, die Mittel für den Erhaltungsaufwand bereitzustellen und deren Verwendung zu überwachen.

Herr Brunsch kritisiert die Abweichung von 25 % zwischen Planung und tatsächlichen Ausgaben als inakzeptabel und fordert realistische Planungen sowie eine höhere Zielerreichung.

Herr Gausmann schlägt vor, gemeinsam mit dem (in diesen Themen federführenden) Bau- und Mobilitätsausschuss eine gemeinsame Sitzung nach der Sommerpause zu organisieren, um die Themen Reinigung und Gebäudeunterhaltung umfassend zu erörtern. Er hält Zwischenberichte ebenfalls für sinnvoll und würde dies sowie die Optimierung der Nutzung der digitalen Gebäudemangement-Software mit Herrn Dieckmann besprechen, um eine strategische Planung zu ermöglichen. Herr Gude unterstützt diesen Vorschlag und betont die Notwendigkeit, die Diskussionen zukunftsorientiert zu gestalten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport

1. nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2026 zur Kenntnis.
2. bittet die Verwaltung, eine gemeinsame Sitzung mit dem Bau- und Mobilitätsausschuss zu planen, um die Themen Reinigungsqualität sowie Erhaltungsaufwand an Schulen gemeinsam zu erörtern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig geändert beschlossen

7. Festlegung der kommunalen Klassenrichtzahl und Verteilung der Eingangsklassen auf die einzelnen Grundschulen für das Schuljahr 2025/26 Vorlage: 026/26

Frau Gehrke erläutert, dass jährlich im Januar ein Beschlussvorschlag zur kommunalen Klassenrichtzahl vorgelegt werde, der vom Rat beschlossen werde. Für das kommende Schuljahr seien 800 Kinder an den städtischen Grundschulen angemeldet, was eine maximale Klassenrichtzahl von 36 Eingangsklassen ermögliche. Der Beschlussvorschlag sehe jedoch die Bildung von 34 Eingangsklassen vor, die gemäß den Absprachen im Arbeitskreis Schulstruktur auf die Schulen verteilt würden. Sie ergänzt, dass sich seit der letzten Sitzung des Arbeitskreises Schulstruktur Änderungen ergeben hätten. Die Michael-Schule habe mittlerweile 57 Anmeldungen, wodurch die Bildung von drei Eingangsklassen gesichert sei. Auch die Südeschule, einschließlich des Nebenstandorts Konradschule, habe mit 80 Anmeldungen nahezu die Schwelle von 81 Schülern erreicht, sodass vier Eingangsklassen gebildet werden könnten. Diese Entwicklungen seien durch notwendige Ablehnungen an der Johannesschule Eschendorf und die Umverteilung von Kindern, insbesondere an die Michaelschule und die Edith-Stein-Schule, bedingt. Frau Gehrke weist darauf hin, dass die Grundschulleitungen angeregt hätten, das Anmeldeverfahren und die Abstimmung über Ablehnungen künftig früher durchzuführen. Dies werde berücksichtigt, wobei die Verzögerung in diesem Jahr auf die Neubildung des Arbeitskreises Schulstruktur zurückzuführen sei. Sie informiert zudem, dass die Schulentwicklungsplanung für das nächste Jahr mit einem Anstieg der Anmeldezahlen um 30 Kinder rechne, bevor diese ab 2028 wieder zurückgehen würden. Die Planung für das aktuelle Jahr sei mit 800 angemeldeten Kindern nahezu punktgenau aufgegangen. Sie betont, dass die Wahlfreiheit der Eltern aufgrund fehlender Schulbezirksgrenzen die Verteilung der Eingangsklassen beeinflusse.

Herr Tappe äußert sein Interesse an der Situation in Rodde und verweist auf die Bedeutung des dortigen Schulstandorts. Er berichtet, dass im letzten Jahr 25 Anmeldungen vorlagen, von denen acht Kinder abgelehnt und nach Altenrheine umverteilt worden seien. Für das kommende

Schuljahr gebe es bisher nur sechs Anmeldungen. Er fragt, ob es möglich sei, die abgelehnten Kinder aus Altenrheine zurückzuholen, und verweist auf die Kosten für den Transport der Kinder. Frau Gehrke erklärt, dass die Verwaltung die Bedeutung des Schulstandorts Rodde kenne und ein Arbeitskreis Schulstruktur im Frühjahr die Thematik ausführlich behandeln werde. Sie führt aus, dass eine Rückführung der aktuell sieben Kindern theoretisch möglich sei, dies jedoch zu einer großen jahrgangsübergreifenden Klasse mit 29 Kindern führen würde. Zudem sei die Entscheidung über die Schulwahl den Eltern und der Schulleitung überlassen, wobei auch das OGS-Angebot in Altenrheine sowie die Entscheidung der Eltern zwischen jahrgangsbezogenem und jahrgangsübergreifendem Unterricht eine Rolle spiele.

Herr Tappe fragt abschließend nach einer Prognose der Anmeldezahlen für Rodde in den kommenden Jahren. Herr Gausmann erläutert, dass die Kita-Planung sinkende Kinderzahlen für Rodde vorsehe und keine großen Neubaugebiete vorhanden seien, die einen Zuzug von Familien erwarten ließen. Er betont, dass der Erhalt des Schulstandorts politisch gewollt sei und entsprechende Möglichkeiten im Arbeitskreis Schulstruktur erarbeitet würden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule, Bildung und Sport empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Berechnung der kommunalen Klassenrichtzahl und legt diese auf Grundlage der Anmeldungen für das Schuljahr 2026/27 auf 34 Eingangsklassen fest.
2. Der Rat der Stadt Rheine beschließt die Verteilung der Eingangsklassen auf die einzelnen Grundschulen entsprechend der kommunalen Klassenrichtzahl für das Schuljahr 2026/27 wie folgt:

Grundschule	Verteilung der Eingangsklassen für das SJ 2026/27	Verteilung der Eingangsklassen SJ 2025/2026
Annetteschule	2	3
Bodelschwingschule	2	2
Canisiusschule - Hauptstandort Altenrheine - Teilstandort Rodde	3 davon 1 in Rodde	3
Edith-Stein-Schule	2	3
Franziskusschule Mesum	2	2
Gertrudenschule	2	2
Johannesschule Eschendorf	3	3
Johannesschule Mesum - Hauptstandort Mesum - Teilstandort Elte	3 davon 1 in Elte	3
Kardinal-von-Galen Schule	2	2
Ludgerusschule Schotthock	2	2
Marienschule Hauenhorst	2	2
Michaelschule	3	3
Paul-Gerhardt-Schule	2	2
Südeschschule	4 davon 1 am Nebenstandort Konradschule	4
Gesamt	34	36

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 18:12 Uhr

Stefan Gude
Ausschussvorsitzender

Janine Lüdtké
Schriftführerin